

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
7. Wahlperiode  
Rechtsausschuss

Schwerin, 16. Oktober 2019  
Sekretariat: 0385-525-1530  
Telefax: 0385-525-1535  
E-Mail: [pa3mail@landtag-mv.de](mailto:pa3mail@landtag-mv.de)

## **MITTEILUNG**

Die 60. Sitzung des Rechtsausschusses findet  
am Mittwoch 23. Oktober 2019 um 13.00 Uhr  
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal statt.

### **EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG**

#### **Öffentliche Anhörung zum**

#### **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021**

- Drucksache 7/3899 -

in Verbindung mit:

#### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021)**

- Drucksache 7/3900(neu) -

in Verbindung mit:

#### **Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024 des Landes Mecklenburg- Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

- Drucksache 7/3898 -

hier: Stellenplan zum Einzelplan 09

hierzu: Ausschussdrucksachen 7/239 - 7/239-7

Philipp da Cunha  
Vorsitzender

Anlage  
Liste der Sachverständigen  
Fragenkatalog

Anlage

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Rechtsausschuss

**Durchführung einer Anhörung im Rahmen der Haushaltsberatungen zum  
Doppelhaushalt 2020/2021**

**- Sachverständigenliste -**

1. Oberlandesgericht Rostock  
Vizepräsidentin Monika Köster-Flachsmeyer
2. Generalstaatsanwaltschaft Rostock  
Generalstaatsanwältin Christine Busse
3. Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands,  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
Vors. Hans Jürgen Papenfuß,
4. Deutsche Justiz-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern  
Vors. Bernd Kammermeier
5. Richterbund Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Vors. Michael Mack
6. Bund Deutscher Rechtspfleger,  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Stellv. Vors. Heiko Käckenmeister
7. Leiter der Bildungsstätte Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei  
und Rechtspflege  
Dr. Ronny Werner

Anlage

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Rechtsausschuss

## **Durchführung einer Anhörung im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2020/2021**

### **- Fragenkatalog -**

1. Wird die laut Stellenplan vorgesehene Personalausstattung für alle Gerichtsbarkeiten, die Staatsanwaltschaften und den Strafvollzug als ausreichend erachtet?
2. Wenn nein, welche Mehrbedarfe werden in den jeweiligen Bereichen gesehen? Bitte erläutern.
3. Wie werden die derzeitigen Bestandszahlen in den einzelnen Gerichtsbarkeiten beurteilt und welcher Wert wird als hinnehmbar erachtet?
4. Welche Probleme sollten im Strafvollzug am Dringendsten behoben werden?
5. Die Justizvollzugsangestellten des Landes werden derzeit umfangreich saniert und umgebaut. Welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen des Personals und der Strafgefangenen werden durch die Modernisierung erwartet?
6. Im Haushalt 2018/2019 wurden bereits 60 Stellen für Auszubildende zu Justizfachangestellten ausgebracht, um die Altersabgänge abdecken zu können. Mit dem Haushalt 2020/2021 wächst die Anzahl der Azubi Stellen um weitere 15 auf insgesamt 120 Stellen auf. Ist dieser Aufwand für die langfristige Ausstattung der Geschäftsstellen der Gerichte ausreichend oder ist die Schaffung weiterer Stellen notwendig?
7. Im Haushaltsentwurf sind 11 Stellen im Justizvollzug für die Entlassungsvorbereitung der Strafgefangenen und zu Gewährleistung der Ausbildung und Betreuung der Anwärter durch die Ausbildungsstätte vorgesehen.
8. Welche Auswirkungen hat die Bereitstellung dieser Stellen auf die Qualität der Ausbildung im Justizvollzug und auf die Unterstützung der Rehabilitation der Strafgefangenen nach Vollzugsende?